Verordnung über die Fachpersonen und Betriebe im Gesundheitswesen (Bewilligungsverordnung)

Änderung vom 24. April 2018

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,

unter Verweis auf seine Erläuterungen Nr. P180458,

beschliesst:

I.

Verordnung über die Fachpersonen und Betriebe im Gesundheitswesen (Bewilligungsverordnung) vom 6. Dezember 2011¹⁾ (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

§ 4 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Medizinischen Dienste erteilen die Bewilligung zur Berufsausübung für:
Aufzählung unverändert.

§ 5 Abs. 1 (geändert)

¹ Das kantonale Veterinäramt erteilt die Bewilligung zur Berufsausübung für:
Aufzählung unverändert.

§ 6 Abs. 1 (geändert)

¹ Der Bereich Gesundheitsversorgung erteilt die Bewilligung zur Berufsausübung für:
Aufzählung unverändert.

§ 7 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Ausübung der in § 30 Abs. 1 GesG genannten Berufe und Tätigkeiten sowie die Führung eines Betriebs gemäss § 36 Abs. 1 GesG ist bewilligungspflichtig, sofern nichts anderes bestimmt ist.

§ 8 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Auf Antrag wird bei Aufgabe der Praxistätigkeit die Bewilligung zur Berufsausübung auf die Betreuung und Behandlung von Angehörigen und nahen Bekannten eingeschränkt.

² Fachpersonen, die in einem Betrieb in medizinisch oder fachlich leitender Stellung tätig waren, werden in Bezug auf Abs. 1 den Bewilligungsinhaberinnen und Bewilligungsinhabern gleichgestellt.

§ 9 Abs. 4 (geändert)

⁴ Für universitäre Medizinalpersonen sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, welche in ausserkantonalen Betrieben im Sinne von § 36 Abs. 1 GesG in der medizinischen oder fachlichen Leitung tätig sind, gelten die Abs. 1 und 2 sinngemäss.

§ 11 Abs. 1, Abs. 3 (geändert)

¹ Dem Gesuch um Erteilung einer Bewilligung sind folgende Urkunden beizulegen, welche die fachliche und persönliche Eignung der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers oder der Mitglieder der medizinischen oder fachlichen Leitung des Betriebs nachweisen:

c) **(geändert)** Nachweis der Absolvierung der erforderlichen praktischen Tätigkeit nach Ausbildungsabschluss;

³ Übt die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller oder das Mitglied der medizinischen oder fachlichen Leitung die beantragte Tätigkeit bereits in einem anderen Kanton oder Staat aus, so sind die Bewilligung zur Berufsausübung und eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Aufsichtsbehörde beizubringen.

§ 13 Abs. 1

¹ Die zuständige Behörde kann bei Bedarf Urkunden einfordern, die den Nachweis einer Bewilligungsvoraussetzung gemäss den §§ 32 oder 36 Abs. 2 GesG sowie gemäss MedBG oder PsyG erbringen können, insbesondere:

¹⁾ [SG 310.120](#)

- c) **(geändert)** Urkunden im Sinne von § 11 Abs. 1, welche die Fähigkeit zur Berufsausübung von privatwirtschaftlich unter fachlicher Aufsicht oder unselbstständig tätigen Fachpersonen nachweisen.

§ 15 Abs. 1 (geändert)

¹ Sind die Bewilligungsvoraussetzungen erfüllt, wird die Bewilligung erteilt.

§ 17 Abs. 1 (geändert)

¹ Gesuche für eine Bewilligung zur Berufsausübung oder für eine Betriebsbewilligung von Personen oder Organisationen, die bereits im Besitz einer entsprechenden Bewilligung eines anderen Kantons sind, werden in einem einfachen, raschen und kostenlosen Verfahren behandelt.

§ 20 Abs. 2

² Veränderte Verhältnisse sind insbesondere:

- c) **(geändert)** Eröffnung, Übernahme oder Adresswechsel einer Praxis oder eines Betriebs.

Titel nach § 26 (geändert)

VII. Stellvertretung, Assistenz, Praktikum und privatwirtschaftlich unter fachlicher Aufsicht ausgeübte oder unselbstständige Tätigkeit

§ 27 Abs. 1 (geändert)

¹ Bewilligungspflichtige Fachpersonen gemäss § 30 Abs. 1 GesG sowie Betriebe sind berechtigt, Stellvertreterinnen oder Stellvertreter, Assistentinnen oder Assistenten, Praktikantinnen oder Praktikanten sowie privatwirtschaftlich unter fachlicher Aufsicht oder unselbstständig tätige Fachpersonen anzustellen.

§ 28 Abs. 2 (geändert)

² Für die Stellvertretung in Apotheken kann auf die Anforderungen an die praktische Weiterbildung gemäss § 35 Abs. 1 verzichtet werden.

§ 29 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

² Verfügt die Stellvertreterin oder der Stellvertreter nach Abs. 1 bereits über eine Bewilligung zur Berufsausübung des Kantons Basel-Stadt oder ist sie oder er Mitglied der medizinischen oder fachlichen Leitung eines Betriebs im Kanton Basel-Stadt, so genügt eine Meldung an die zuständige Behörde.

³ Verfügt die Stellvertreterin oder der Stellvertreter nach Abs. 1 bereits über eine Bewilligung zur privatwirtschaftlichen Berufsausübung in eigener fachlicher Verantwortung oder selbstständigen Berufsausübung eines andern Kantons oder ist sie oder er Mitglied der medizinischen oder fachlichen Leitung eines Betriebs in einem anderen Kanton, so genügt eine Meldung im Sinne von Art. 35 Abs. 2 MedBG oder Art. 23 Abs. 1 PsyG auch für die Stellvertretung, welche den Zeitrahmen von 90 Tagen überschreitet (vgl. § 9).

§ 31 Abs. 2 (aufgehoben)

² *Aufgehoben.*

Titel nach § 33 (geändert)

VIII. Anforderungen an die Aus- und Weiterbildung und an die praktische Tätigkeit

§ 34 Abs. 1

¹ Als Zertifikate der absolvierten Aus- und Weiterbildungen gemäss § 11 Abs. 1 Bst. a gilt der Nachweis des erfolgreichen Abschlusses einer Aus- oder Weiterbildung an einer:

- a) **(geändert)** Hochschule für universitäre Medizinalberufe gemäss Art. 2 MedBG oder für das Führen eines medizinischen Laboratoriums (Master oder entsprechender altrechtlicher Titel);

Titel nach § 34 (geändert)

VIII.2. Nachweis der praktischen Weiterbildung und Tätigkeit

§ 35 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Anforderungen an die praktische Weiterbildung und Tätigkeit der in der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) vom 27. Juni 1995 genannten Berufe und Tätigkeiten gelten sinngemäss.

§ 36 Abs. 2 (geändert)

² Die medizinische oder fachliche Leitung besteht aus einer oder mehreren Fachpersonen, welche denselben fachlichen und persönlichen Anforderungen genügen wie bewilligungspflichtige Fachpersonen gemäss § 30 Abs. 1 GesG.

§ 38 Abs. 2 (geändert)

² Die fachliche Verantwortung für die pharmazeutische Versorgung trägt eine Apothekerin oder ein Apotheker, die oder der die Voraussetzungen zur privatwirtschaftlichen Berufsausübung in eigener fachlicher Verantwortung erfüllt.

§ 45 Abs. 1 (geändert)

¹ Die praktische unselbstständige Tätigkeit gemäss § 35 Abs. 2 Bst. b kann auch unter der fachlichen Aufsicht und Anleitung einer Chiropraktorin oder eines Chiropraktors oder einer Physiotherapeutin oder eines Physiotherapeuten erfolgen, die oder der die Bewilligungsvoraussetzung zur Berufsausübung erfüllt.

§ 46 Abs. 1 (geändert)

¹ Anstelle einer praktischen unselbstständigen Tätigkeit gemäss § 35 Abs. 2 Bst. b kann die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller nachweisen, dass sie oder er die medizinische Massage selbstständig während zwei Jahren in fachlicher Begleitung einer Fachperson ausgeübt hat, welche die Bewilligungsvoraussetzungen zur Berufsausübung in der medizinischen Massage, Chiropraktik oder Physiotherapie erfüllt und mindestens fünf Jahre im entsprechenden Gebiet tätig war.

Titel nach § 53

X.9. (aufgehoben)

§ 53a

Aufgehoben.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie tritt gleichzeitig mit der Änderung des Gesundheitsgesetzes (GesG) vom 6. Dezember 2017 in Kraft.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin: Elisabeth Ackermann

Die Staatsschreiberin: Barbara Schüpbach-Guggenbühl